

„Ausbau Photovoltaik“

Vorschlag für einen Tagesordnungspunkt mit Beschlussvorschlag für die Sitzung des Klimabeirats am 04.11.2021

Verfasst von: Dr. Godehard Franzen (Bielefeld pro Nahverkehr e. V.)

Unterstützt von: Prof. Dr. Eva Schwenzfeier-Hellkamp (Fachhochschule Bielefeld), Dr. Dieter Kammerer (BUND Kreisgruppe Bielefeld), Dr. Michael Schem (Transition Town Bielefeld), Ferris Leander Fechner (Fridays For Future Bielefeld) ,

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Klimabeirat hält den Ausbau der Photovoltaik für eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Klimapolitik. Dabei geht es nicht allein um eine Verbesserung der Erzeugungsbilanz, sondern auch um Steigerung des Eigenverbrauchs und um die Zusammenführung von Erzeugung und Verbrauch.**
- 2. Angesichts der sehr hohen Potenziale in der Stadt Bielefeld für den Ausbau von Solarenergie hält es der Klimabeirat für notwendig, innerhalb des Dezernats für Umwelt/Klima/Mobilität/Gesundheit zeitnah ein Team „Taskforce Photovoltaik“ zu schaffen, das den Prozess des Photovoltaik-Ausbaus strukturiert und mit Nachdruck vorantreibt.**
- 3. Die Taskforce soll eine Kooperation mit den Stadtwerken, der Handwerkerschaft, der IHK, der WEGE, der Sparkasse und Volksbank, der EnergieAgentur.NRW, dem Landesverband Erneuerbare Energien und eventuell weiteren Akteuren initiieren und etablieren.**
- 4. Die Taskforce soll in Kooperation mit den genannten Akteuren ein Konzept zur Forcierung des Photovoltaik-Ausbaus entwickeln. Dabei sollen drei Hebel in den Fokus genommen werden:**
 - A. der konsequente Ausbau von PV auf öffentlichen Liegenschaften und Freiflächen,**
 - B. das Heben des enormen Potenzials auf privaten (Dach)flächen (Unternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften, Eigenheime) und die proaktive Unterstützung z.B. mit den Methoden des Direktmarketings,**
 - C. die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel im Rahmen der Bauleitplanung und des Städtebaurechts.**

Über existierende Förderprogramme hinaus soll geprüft werden, wie durch die Stadt Anreize gesetzt und gezielte Unterstützung gewährleistet werden können. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote der „Solaroffensive OWL“, der die Stadt Bielefeld im August beigetreten ist, sollen aktiv genutzt werden.
- 5. Um zeitnah Erfolge erzielen zu können, hält es der Klimabeirat für dringend erforderlich, ambitionierte Ausbauziele festzulegen.**
- 6. Der Klimabeirat wünscht sich regelmäßige Berichte über die Arbeit der Taskforce.**

Begründung:

Das im Juli novellierte Klimaschutzgesetz gibt eine CO₂-Einsparung von 65 % bis 2030 vor (bezogen auf das Referenzjahr 1990). Auf Empfehlung des Bielefelder Klimabeirats hat der Rat der Stadt Bielefeld am 23. September beschlossen, das Handlungsprogramm Klimaschutz so zu aktualisieren, dass für Bielefeld Klimaneutralität bis 2035 erreicht wird.

Diese Vorgaben bzw. Ziele stellen gewaltige Herausforderungen dar. Ein entscheidender Handlungsschwerpunkt ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Für eine verdichtete Großstadt wie Bielefeld sind die Potentiale bei Wind und Biomasse begrenzt. Aber für Photovoltaik gibt es ein enormes, bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Potential.

Um die bisher in den Kommunen ungenutzten Solarpotenziale zu heben, hat die Region mit Unterstützung durch die EnergieAgentur.NRW die „Solaroffensive OWL“ gestartet. Dazu haben sich 71 Verwaltungsleitungen im Regierungsbezirk Detmold in einem regionalen Kommuniqué öffentlich bekannt. darunter auch Bielefeld. Die EnergieAgentur.NRW hat umfangreiche Unterstützungsangebote dafür entwickelt.

Der ambitionierte Photovoltaik-Ausbau muss auf kommunaler Ebene organisiert werden. Dazu sind besondere Anstrengungen erforderlich, die über das, was im bisherigen Rahmen im zuständigen Dezernat geleistet werden konnte, deutlich hinausgeht. Um Erfolg zu generieren, müssen Hemmnisse abgebaut und Anreize verstärkt werden. Der Antrag schlägt dazu eine Arbeits-, Kooperations- und Kommunikationsstruktur vor.